Redaktion und Administration: Krakau, Dunajewskigasse Nr. 5.
Telefon: Tag 2314, Nacht 3546.
Telegramm-Adresse: KRAKAUER ZEITUNG.
Postsparkassenkonto Nr. 144.538.
Zuschriften sind nur an die Adresse „Krakauer Zeitung" Krakau 1, Abt. für Militär, zu richten.
Manuskripte werden nicht rückgesandt.

KRAKAUER ZEITUNG

Bezugspreis:
Einzelnummer . . . . 10 h
Monatsabonnement für Krakau mit Zustellung ins Haus K 2·40, Postversand nach auswärts K 3·—
Alleinige Inseratenannahme für Oesterreich-Ungarn (mit Ausnahme von Galizien und den okkupierten Provinzen) und das Ausland bei M. Dukes Nachf. A.-G. Wien I., Wollzeile 16.

ZUGLEICH AMTLICHES ORGAN DES K. U. K. FESTUNGS-KOMMANDOS KRAKAU.

III. Jahrgang. Freitag, den 2. Februar 1917. Nr. 33.

Oesterr.-ung. Generalstabsbericht.

Amtlich wird verlautbart: 1. Februar 1917. Wien, 1. Februar 1917.

Aussergewöhnlich strenges Winterwetter unterbindet auf der ganzen Ostfront jede stärkere Kampftätigkeit.

Auch vom italienischen Kriegsschauplatz und aus Albanien ist nichts Wesentliches zu melden.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: **v. Höfer**, FML.

Der erste Hieb.

Die Mittelmächte haben auf die Ablehnung ihres Friedensangebotes vom 12. Dezember vorigen Jahres gestern die erste Antwort gegeben. Die österreichisch-ungarische und die deutsche Regierung haben beschlossen, vom heutigen Tage an den Unterseebootkrieg in verschärfter Form aufzunehmen und innerhalb bestimmter Sperrgebiete um Grossbritannien, Frankreich, Italien, sowie im östlichen Mittelmeer jeden Seeverkehr zu unterbinden. Damit ist zum mindestens eine Teilantwort auf die anmassende, jeder Regung der Menschlichkeit und abwägenden Vernunft entbehrende Note gegeben, die die Entente an den amerikanischen Präsidenten mit ihren Friedensbedingungen gerichtet hat. Die Vernichtung der Mittelmächte mit Ausschluss Deutschlands ist dort klar als Programmpunkt aufgestellt. Das Friedensangebot des Vierbundes hat die denkbar schroffste Abweisung erfahren, die jemals einem Vermittlungsvorschlage zuteil wurde; dem grössten Krieg wollten die Mittelmächte ein Ende machen, der ihnen in dreissig Monaten Erfolg über Erfolg gebracht hat. Wiederholt haben die Mittelmächte erklärt, dass sie keinen Eroberungskrieg führen. Die Feinde jedoch, die angeblich zum Schutze des gekränkten Belgien und Serbien in den Krieg gezogen sind, machen nunmehr kein Hehl daraus, dass sie einen Eroberungskrieg, einen Vernichtungskrieg gegen uns führen.

Mit allen, auch den schärfsten Waffen wird der Kampf zu Lande und zur See seinen Fortgang nehmen. Der Grundgedanke für diese bittere Notwendigkeit ist der, dass die Mittelmächte den Krieg abkürzen und dadurch der Leidenszeit, die die Völker Europas ohne Unterschied durchmachen, dem Ende nahe bringen wollen. In der Note wird die Frage des Seekrieges geregelt. Jeder Seeverkehr in den vom Vierbund genau beschriebenen Grenzen wird unterbunden. Mag ein Schiff eine feindliche oder neutrale Flagge führen, es unterliegt den von heute an geltenden schärfsten Gesetzen eines Seekrieges, den unsere Feinde in ihrer masslosen, hasserfüllten Kampfeswut gegen den Vierbund heraufbeschworen haben. England hat alles getan, um diese stärkste Notwehr herauszufordern. Sein Aushungerungsplan trifft nicht die Heere der Mittelmächte, die ja grösstenteils auf fremdem Boden kämpfen und diesen schon längst für sich nutzbar gemacht haben. Gegen die friedliche Bevölkerung, gegen die Frauen und Kinder, die Kranken und Greise, die an die Scholle gebunden sind, richtet sich der niederträchtige Plan einer Macht, die selbst auf Einfuhr von Lebensmitteln im grössten Stile angewiesen ist, aber in vollkommener Verblendung niemals gedacht hat, dass sich die tückische Waffe gegen das eigene Land kehren könnte.

In einem Monat hat die britische Handelsflotte nicht weniger als 300.000 Tonnen an Schiffsraum verloren. Das bedeutet, dass drei Fünftel der gesamten Jahresproduktion des englischen Schiffsbaues in vier Wochen vernichtet worden sind. Diese Tatsache hat der britischen Presse in der letzten Zeit Anlass zur unverhohlenen Betonung der schweren Sorgen gegeben, die England bedrohen. Nicht minder aber leiden auch Frankreich und Italien unter der Erschwerung jeglicher Zufuhr und die Kohlenkrise hat in diesen beiden Ländern ein erschreckendes Mass angenommen. Die Note Deutschlands und Oesterreich-Ungarns wird ihre Wirkung auf die Feinde nicht verfehlen. Mag auch Amerika als der grösste und an Schiffen reichste neutrale Staat ernste Einwendungen erheben, mögen auch die Papiere der amerikanischen Rüstungsindustrie auf Grund unserer Noten starken Schwankungen ausgesetzt sein, mag auch die starke Kriegspartei in Amerika, die Milliardengewinne einstreicht, Wilson und Lansing zur energischesten Haltung gegen jene Mächte antreiben, die die Kriegslieferungen Amerikas mit dem heutigen Tage unterbinden — der deutsche Reichskanzler hat das Wort Hindenburgs mitgeteilt: "Die militärische Gesamtlage lässt es zu, alle eventuellen Folgen eines uneingeschränkten U-Bootkrieges auf uns zu nehmen." Diese Worte des Chefs des Deutschen Generalstabes können auch alle Bedenken Amerika gegenüber zum Verstummen bringen.

Die Mittelmächte haben mit ihrer Note den ersten Hieb gegen den unversöhnlichen Feind geführt. Der Krieg zur See ist heute in ein Stadium getreten wie noch nie zuvor. Die Absperrung der drei auf die Zufuhr am meisten angewiesenen Feinde wird mit allen vorhandenen Mitteln, die gewiss recht ansehnlich sind, durchgeführt. Die Schrecken und neuen Verluste des unbarmherzigen Seekrieges kommen über das Haupt jener, die die von den Mittelmächten angebotene Friedenshand zurückgewiesen haben.

e. s.

TELEGRAMME.

Schärfster U-Bootkrieg.

Eine Note unserer Regierung.

Wien, 31. Jänner (KB.)

Infolge der schroffen Ablehnung des Friedensangebotes der Mittelmächte seitens der Gegner und angesichts der hiedurch entstandenen Notwendigkeit, den Krieg mit verstärkter Kraft weiter zu führen, beschloss die österreichisch-ungarische Regierung im Einvernehmen mit dem Berliner Kabinett, ab 1. Februar d. J. den

Unterseebootkrieg in verschärfter Form

aufzunehmen und innerhalb bestimmter Sperrgebiete um Grossbritannien, Frankreich und Italien herum, sowie im östlichen Mittelmeere jeden Seeverkehr zu unterbinden.

Die diesbezüglich an sämtliche neutralen Staaten vom Minister des Aeussern Grafen Czernin gerichtete Note führt aus, dass Oesterreich-Ungarn und seine Verbündeten zur Verteidigung ihres Bestandes und ihrer Lebensinteressen im August 1914 den ihnen aufgezwungenen Kampf aufnahmen, in 30 Kriegsmonaten derartige Erfolge erzielten, dass in dem Masse, als die Eroberungspläne der Feinde zunichte wurden, Oesterreich-Ungarn und seine Verbündeten ihre rein defensiven Kriegsziele als erreicht betrachten konnten. Diese massvolle Erkenntnis und der Wunsch, weiter nutzloses Blutvergiessen zu vermeiden, zeitigten das Friedensangebot der vier verbündeten Mächte. Ihre Gegner, von dem Wahn geblendet, dem Schicksal doch noch eine ihnen günstigere Wendung zu geben und uns zerschmettern zu können, wiesen dieses Angebot schroff zurück und stellten Forderungen auf für den Friedensabschluss, welche die völlige Niederwerfung der vier verbündeten Mächte zur Voraussetzung und ihre Vernichtung zum Ziele hatten. Gott

und die Welt sind Zeugen, wer an der Fortsetzung des Krieges die Schuld trägt. Gegenüber der Absicht der Gegner, die Heere Oesterreich-Ungarns und seiner Verbündeten zu bezwingen, ihre Flotten zu vernichten, ihre Bevölkerung auszuhungern, muss der Kampf den Fortgang nehmen zu Lande und zur See mit allen, auch den

schärfsten Waffen.

Die gesteigerte Anwendung aller Kriegsmittel allein macht eine Abkürzung des Krieges möglich. Die Gegner waren schon bisher bestrebt, den Seeverkehr Oesterreich-Ungarns und seiner Verbündeten zu unterbinden und diesen Mächten jede Zufuhr abzuschneiden.

Gleich wie auf anderen Meeren haben sie auch in der Adria sogar Hospitalschiffe sowie unbewaffnete Personendampfer ohne vorherige Warnung torpediert. Oesterreich-Ungarn und seine Verbündeten werden fortan ihrerseits die gleiche Methode anwenden, indem sie Grossbritannien, Frankreich und Italien von jedem Seeverkehr abschneiden und zu diesem Behufe von Februar 1917 innerhalb eines bestimmten Sperrgebietes

jede Schiffahrt mit allen Mitteln verhindern

werden. Die Note bezeichnet auf Grund beiliegender Karten genau die Sperrgebiete um Grossbritannien, Frankreich und Italien herum und im östlichen Mittelmeer, wo ab 1. Februar 1917 jedem Seeverkehr ohne weiteres mit allen Waffen entgegengetreten werden wird und erklärt, dass neutrale Schiffe, die diese Gebiete befahren, dies auf eigene Gefahr tun.

Wenn auch Vorsorge getroffen ist, dass neutrale Schiffe, die am 1. Februar auf der Fahrt nach Häfen der Sperrgebiete in deren Nähe gekommen sind, während einer angemessenen Frist geschont werden, ist doch dringend anzuraten, dass sie mit allen verfügbaren Mitteln gewarnt und umgeleitet werden. Neutrale Schiffe, die in den Häfen der Sperrgebiete liegen, können mit gleicher Sicherheit die Sperrgebiete noch verlassen, wenn sie vor dem 5. Februar 1917 auslaufen und den kürzesten Weg ins freie Gebiet nehmen. Auch dieser Entschluss wurde von Oesterreich-Ungarn in der Absicht gefasst, durch wirksame Kriegsmittel den Kampf abzukürzen und einem Frieden näher zu kommen, für welchen es zum Unterschied von seinen Gegnern mässige, von keinem Vernichtungsgedanken geleitete Bedingungen ins Auge fasst, nach wie vor beseelt von der Absicht, dass der Endzweck dieses Krieges keine Eroberung, sondern eine freie und gesicherte Entwicklung der eigenen wie der anderen Staaten ist.

In dem vollen Vertrauen auf die bewährte Tapferkeit und Tüchtigkeit ihrer Land- und Seestreitkräfte treten die verbündeten Mächte mit bitterer Entschlossenheit, aber auch mit der Gewissheit in die bevorstehende ernste Phase des Kampfes, dass diese zu dem Erfolge führen werde, welcher das jahrelange Ringen endgültig entscheiden und hiedurch die Opfer an Gut und Blut rechtfertigen wird.

Dem amerikanischen Botschafter wurde diese Note mit dem Zusatze übermittelt, worin erklärt wird, die österreichisch-ungarische Regierung habe den Inhalt der bedeutsamen, von hohem sittlichen Ernste erfüllten Botschaft des Präsidenten Wilson an den Senat einer aufmerksamen Erwägung unterzogen. Sie verkennt nicht die erhabenen Ziele, welche Präsident Wilson ins Auge fasst, muss aber vor allem feststellen, dass sein Wunsch, den dauernden Frieden anzubahnen, dermalen schon durch die Ablehnung vereitelt erscheint, welche das Friedensangebot Oesterreich-Ungarns und seiner Verbündeten seitens der Gegner erfahren hat

Eine Note Deutschlands an Amerika.

Berlin, 1. Februar. (KB.)

Die am 31. Jänner von der deutschen Regierung dem Berliner Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika überreichte Note schliesst sich den Ausführungen der Wilsonschen Note an, betont die Uebereinstimmung mit den von Wilson angegebenen Richtlinien und führt aus: „In Anerkennung dieser Prinzipien würde Deutschland es aufrichtig begrüssen, wenn Völker wie Irland und Indien, die sich der Segnungen staatlicher Unabhängigkeit nicht erfreuen, nunmehr ihre Freiheit erhielten. Bündnisse, die die Völker in den Wettbewerb und die Macht hineintreiben und in ein Netz eigensüchtiger Intriguen verstricken, lehnt auch das deutsche Volk ab. Dagegen ist eine freudige Mitarbeit allen Bemühungen gesichert, die auf die Verhinderung künftiger Kriege abzielen. Die Freiheit der Meere als Vorbedingung für den freien Bestand und für den friedlichen Verkehr der Völker hat ebenso wie die offene Türe für den Handel aller Nationen stets zu den leitenden Grundsätzen der deutschen Politik gehört.

Was Belgien anbelangt, das den Gegenstand warmer herzlicher Sympathie in den Vereinigten Staaten bildet, so hatte der Reichskanzler wenige Wochen zuvor erklärt, dass eine Einverleibung Belgiens niemals in deutscher Absicht gelegen ist. Deutschland wollte in dem mit Belgien zu schliessenden Frieden lediglich Vorsorge dafür treffen, dass dieses Land mit der kaiserlichen Regierung in gutem Neutralitätsverhältnis zu leben wünschte, von den Gegnern nicht zur Förderung feindlicher Anschläge ausgenützt werden könne. Eine solche Vorsorge ist umso dringender geworden, als die feindlichen Machthaber in wiederholten Reden und namentlich in den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz unverhüllt die Absicht ausgesprochen haben, Deutschland auch nach der Wiederherstellung des Friedens nicht als gleichberechtigt anzuerkennen, vielmehr systematisch weiter zu bekämpfen.

Unter dem Aushängeschild des Nationalitätenprinzips haben sie als Kriegsziel enthüllt, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien zu zerstückeln und zu entehren. Dem Versöhnungswunsche stellen sie ihren Vernichtungswillen entgegen.

In trotziger Missachtung des Völkerrechtes unterbindet die von England geführte Mächtegruppe nicht nur den legitimen Handel ihrer Gegner, durch rücksichtslosen Druck nötigt sie auch neutrale Staaten, jeden ihr nicht genehmen Handelsverkehr aufzugeben oder den Handel nach ihren willkürlichen Vorschriften einzuschränken. Das amerikanische Volk kennt die Bemühungen, die unternommen worden sind, um England und seine Bundesgenossen zur Rückkehr zu den Völkerrechten und Achtung vor der Freiheit der Meere zu bewegen. Die englische Regierung beharrt bei ihrem Aushungerungskrieg, der zwar die Wehrkraft des Gegners nicht trifft, aber Frauen und Kinder, Kranke und Greise zwingt, um ihres Vaterlandes willen schmerzliche, die Volkskraft gefährdende Entbehrungen zu erdulden. So verschärft die britische Herrschsucht kalten Herzens die Leiden der Welt, unbekümmert um die Gebote der Menschheit und um die Proteste der schwergeprüften Neutralen.

Die kaiserliche Regierung würde es vor ihrem eigenen Gewissen, vor dem deutschen Volke und vor der Geschichte nicht verantworten können, wenn sie irgend ein Mittel unversucht liesse, das Ende des Krieges zu beschleunigen. Mit dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten hat sie erhofft, dieses Ziel zu erreichen. Nachdem der Versuch zur Verständigung von den Gegnern mit einem verschärften Kampfe beantwortet ist, muss die kaiserliche Regierung, wenn sie im höheren Sinne der Menschheit dient und sich an den eigenen Volksgenossen nicht versündigen will, den ihr von neuem aufgedrungenen Kampf nunmehr unter vollem Einsatz aller Waffen fortführen."

Norwegen bekämpft alle U-Boote der Kriegführenden.

Christiania, 1. Februar. (KB.)

Ein königlicher Befehl verfügt, dass vom 6. Februar angefangen alle zu Kriegszwecken bewaffneten Unterseeboote der kriegführenden Mächte in den norwegischen Hoheitsgewässern ohne Warnung angegriffen werden.

Holland untersagt die Ausfahrt von Dampfern.

Ymuiden, 1. Februar. (KB.)

Die holländische Regierung verbot den holländischen Dampfern „Seelandis", „Ystroom" und „Rynstroom" die Ausfahrt.

Das Verbot bezieht sich auf holländische Dampfer und Fischerfahrzeuge, die die niederländischen Hoheitsgewässer verlassen wollen und ist durch die verschärfte deutsche Tauchboottaktik veranlasst worden.

Man wartet auf die Festlegung einer ungefähr deten Fahrtstrasse.

Der Eindruck in Berlin.

(Privat-Telegramm der „Krakauer Zeitung".)

Berlin, 1. Februar.

Einmütig wie am ersten Kriegstage steht heute wieder die gesamte deutsche Presse hinter dem Reichskanzler und seiner Politik. Alle Morgenblätter nehmen ausführlich Stellung zur Aufnahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges. Die kleinen innerpolitischen Zänkereien und Streitigkeiten sind unter dem Eindruck der grossen Sache wie weggeblasen.

In der „Täglichen Rundschau" hebt Heinrich Rüppler die Genugtuung hervor, mit der das deutsche Volk die Entschliessungen der Regierungen entgegengenommen hat, insbesondere im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. Sie ersucht Amerika abermals, uns in unserem Verteidigungskampfe nicht zu hindern und so muss Amerika einsehen, dass diesmal der Versuch vergeblich sein und dass ein solches Eingreifen eine offene Parteinahme für den Gegner bedeuten würde. Wir könnten es daran nicht hindern, aber auch wir werden uns nicht hindern lassen. Wir erwarten, dass England alles versuchen wird, um nunmehr die Welt erst recht gegen uns aufzureizen. Für uns gibt es daher erst recht die eiserne Notwendigkeit, uns vor Illusionen zu hüten und gute Nerven zu bewahren.

In der „Vossischen Zeitung" schreibt Georg Bernhardt: „Wenn unsere Oberste Heeresleitung sich nunmehr entschlossen hat, die Einschränkungen in unserer U-Bootkriegführung fallenzulassen, so geschieht dies aus wohlerwogenen Gründen, die uns während des ganzen Krieges geleitet haben. Wir wollen im Namen der Menschlichkeit unnötiges Blutvergiessen verhindern und wir müssen nun im Namen der Menschlichkeit

durch Beweise unserer Kraft so schnell wie möglich das Blutvergiessen beenden.

Aus der Rede des Reichskanzlers geht hervor, dass alle Folgen, die dieser Schritt haben kann, wohl erwogen sind. Aus solchem Wägen ging das Wagen hervor und dieses Wagen wird getragen sein von der einmütigen Entschlossenheit des deutschen Volkes. Die Stimmung vom 4. August 1914 ist neu geboren. Dieser Stimmung werden die Neutralen Rechnung tragen müssen."

Zustimmung der Budapester Presse.

(Privat-Telegramm der „Krakauer Zeitung".)

Budapest, 1. Februar.

Die ungarische Presse begleitet die Ankündigung des schonungslosen U-Bootkrieges mit Kundgebungen entschlossener Zustimmung.

Die Entwicklung des U-Bootkrieges.

Zum erstenmal sind deutsche Unterseeboote in feindlicher Absicht am 12. August 1914 an der schottischen Küste erschienen. Diese erste Tätigkeit der U-Boote galt Erkundungszwecken, eventuell dem Auslegen von Minen. In der Geschichte des U-Bootkrieges ist dann die Vernichtung der drei englischen Kreuzer „Aboukir", „Hogue" und „Cressy" durch Weddingen am 22. September 1914 als besonderes Ereignis hervorzuheben.

Der 4. Februar 1915 brachte nach vielen erfolgreichen Unternehmungen der U-Boote die Erklärung der deutschen Admiralität, den Unterseebootkrieg vom 18. Februar an in der schärfsten Form zu führen. An neutrale Handelsschiffe erging die Warnung, das Seekriegsgebiet zu befahren. Diese Erklärung hatte weitgehende Folgen, so u. a. die, dass am 16. Februar die wichtigsten englischen Schiffahrtsgesellschaften den Verkehr vorübergehend einstellten. Am 12. Februar erfolgte ein Protest der Vereinigten Staaten gegen die deutsche Note, dem schon vier Tage später die Antwort Deutschlands folgte, wonach Deutschland den Unterseebootkrieg zu mildern versprach, wenn England die Zufuhren nach Deutschland durchlässt. Am 22. Februar sucht die amerikanische Regierung durch Noten in London und Berlin zu vermitteln, England soll die Zufuhr gewähren, dagegen sollen Minen und Unterseeboote im Handelskrieg nicht verwendet werden. Die deutsche Regierung sagte am 28. Februar ihre Bereitwilligkeit zu, falls auch England seinerseits bereit sei. Am nächsten Tage aber lehnten England und Frankreich ab und kündigten durch die „Order in Council" vom 11. März 1915 die verschärfte deutsche Blockade an. Weitere Vermittlungsvorschläge Amerikas lehnte die Entente ab. Das Jahr 1915 brachte noch die bekannten Fälle der „Lusitania" (7. Mai), „Arabic" (29. Juni) und die empörende Vernichtung des deutschen „U 27" durch den englischen Dampfer „Baralong" am 19. August.

Am 28. Jänner 1916 versuchte Amerika nochmals durch eine Note mit Milderungsvorschlägen zur U-Bootführung an die Kriegführenden heranzutreten. Am 8. Februar jedoch wurde die Verschärfung des Seekrieges durch Deutschland und Oesterreich-Ungarn vom 1. März an verkündet, bis endlich am 5. Mai Deutschland mildere Formen für den Unterseebootkrieg versprach unter der Voraussetzung, dass sich England den Grundsätzen des Völkerrechtes anschliesse. Durch Ablehnung des Friedensangebotes der Mittelmächte hat England selbst den Anspruch verwirkt, in irgendeiner Form Milde erwarten zu dürfen. Die Note der Mittelmächte an Amerika und an die neutralen Staaten weist darauf hin, dass der Seekrieg unabänderlich in das schärfste Stadium getreten ist. sch.

Die Schwierigkeiten der Blockade.

(Privat-Telegramm der „Krakauer Zeitung".)

Berlin, 1. Februar.

Die „Tägliche Rundschau" meldet aus Haag: In einer Versammlung in Rotterdam sprach Minister Cecil über die Schwierigkeiten einer lückenlosen Blockade Deutschlands.

Er erklärte, dass England nicht einfach ausser Deutschland auch die neutralen Länder blockieren könne, denn man dürfe nicht vergessen, dass England zum Schutz der kleinen Nationen in den Krieg gezogen sei.

Der Seekrieg.

London, 31. Jänner (KB.)

(Meldung von Lloyds Agentur.) Der dänische Dampfer „Daisy" und der spanische Dampfer „Punta" sind versenkt worden.

Bern, 1. Februar. (KB.)

Der „Temps" bestätigt die Versenkung des Dampfers „Egret" (3180 Tonnen).

Keine Rückgabe der deutschen Kolonien.

London, 31. Jänner (KB.)

In einer in Westminster gehaltenen Rede erklärte Kolonialminister Long, keine der eroberten deutschen Kolonien werde jemals der deutschen Herrschaft zurückgegeben werden.

Die deutsche Fliegertätigkeit.

Berlin, 1. Februar. (KB.)

Das Wolffsche Bureau meldet: Am 30. Jänner war die Fliegertätigkeit an der Westfront überall durch schlechtes Wetter behindert. Trotzdem führten unsere Flieger zahlreiche Fernflüge durch. Sie bewarfen in der Nacht zum 30. Jänner den Bahnhof von Albert und wichtige Lager in Nieuport, Coppy und Bray, alle an der Somme, mit 3000 Kilogramm Bomben und in der Nacht zum 31. Jänner den Bahnhof von Guillaucourt und Nerleville mit 300 Kilogramm Bomben. Feindliche Streifungen in der Gegend von Athiers, bei Ham und Nesle blieben erfolglos.

An der Ostfront unterstützten unsere Flieger erfolgreich die Angriffsbewegungen deutscher Truppen an der Aa. Bei klarem Wetter führten unsere Flieger am 30. Jänner auf schmaler Front über fünfzig Fernflüge aus, schossen mit beobachteten Erfolg zahlreiche eigene Batterien ein, erkundeten viele des Gegners als feuernd. Obwohl in höheren Luftschichten Kälte bis zu vierzig Grad unter Null herrschte, bewarfen wir in zahlreichen Flügen die Gasanstalt von Riga und feindliche Bahnhöfe und Truppenlager mit 900 Kilogramm Bomben. Feindliche Flugabwehrbatterien wurden durch einen kühnen Angriff eines Flugzeuges zum Schweigen gebracht. Von den Russen zeigten sich auf der gesamten Front nur zwei Flugzeuge weit hinter den Linien.

Türkischer Generalstabsbericht.

Konstantinopel, 31. Jänner (KB.)

Die „Agence Milli" meldet aus dem Hauptquartier:

Tigrisfront: Am 29. Jänner führte der Feind, nachdem er mit sechs Batterien die Stellung eines unserer Bataillone auf dem südlichen Ufer des Tigris unter Feuer genommen hatte, einen Infanterieangriff aus. Die feindlichen Angriffstruppen wurden vollständig vernichtet bis auf einen Teil, dem die Flucht gelang. Ein von einem Reiterregiment, das durch zwei Infanteriekompagnien verstärkt war, unternommener Umfassungsversuch scheiterte in unserem Artilleriefeuer. Am 30. Jänner nahm der Feind mehrere Stunden hindurch unsere Stellungen bei Felahie und südlich des Tigris unter Geschützfeuer, das wir heftig erwiderten.

An den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

Kaiser Wilhelm — Kandidat für den Friedens-Nobelpreis.

Konstantinopel, 31. Jänner. (KB.)

Da zum ersten Mal vom Nobelpreiskomitee eine Einladung an die ottomanische Universität ergangen ist, einen Kandidaten für den Friedenspreis zu bezeichnen, haben den Blättern zufolge die Fakultäten der Literatur und Rechtswissenschaft beschlossen, den Deutschen Kaiser als Kandidaten vorzuschlagen, weil der erste Schritt zum Frieden vom Vierbund ausgegangen ist.

Sasonow über die Friedensbedingungen.

(Privat-Telegramm der „Krakauer Zeitung".)

Lugano, 1. Februar.

Sasonow äusserte sich zu englischen Journalisten über die Möglichkeit des Friedens dahin, dass der Friede nur nach der Befreiung von Belgien, Serbien und Elsass-Lothringen, gegen Gebietskonzessionen und gegen die Ausdehnung der Souveränität Russlands über die Dardanellen möglich sei.

Auffallenderweise hat Sasonow Rumänien überhaupt nicht erwähnt und auch die Dardanellen wurden nicht mit klaren Worten gefordert.

Russlands Kriegsausgaben.

(Privat-Telegramm der „Krakauer Zeitung".)

Stockholm, 1. Februar.

Der russische Finanzminister Bark erklärte nach einer Meldung der „Rjetsch", dass die Kriegsausgaben Russlands ins Ungemessene wachsen und bereits 1500 Millionen Rubel im Monat betragen.

Bisher habe Russland für den Krieg rund 21 Milliarden Rubel ausgegeben.

Die Petersburger Konferenz.

(Privat-Telegramm der „Krakauer Zeitung".)

Lugano, 1. Februar.

Nach Berichten des „Petit Parisien" hat die Petersburger Konferenz der Entente die Aufgabe, das Programm für die gemeinsame Frühjahrsoffensive endgültig festzustellen.

Neue Einberufungen in England.

London, 31. Jänner. (KB.)

Ein öffentlich angeschlagener Erlass ruft die 1898 Geborenen binnen 14 Tagen und die 1899 Geborenen binnen 30 Tagen nach Erreichung des 18. Lebensjahres unter die Waffen.

Die französische Kohlenkrise

Ein Geständnis des Transportministers.

Paris, 31. Jänner (KB.)

In der Kammerdebatte über die Kohlenkrise erklärte Barelli, die Kohlenvorräte von Passy würden bald erschöpft sein. Der Tagesverbrauch betrage 7000 Tonnen, während nur 2500 Tonnen täglich eintreffen. Die Gasgesellschaft komme nur noch 14 Tage mit ihrem Kohlenvorrat aus. Trotz dieser Zustände feiern die Kohlenverlader von Saint Nazaire, weil ihnen keine Lohnerhöhung bewilligt wird.

Transportminister Herriot gab zu, dass die Krise sehr ernst ist. Infolge der Invasion sei die Eigenproduktion auf 20 Millionen Tonnen gesunken, gegen 40 Millionen vor dem Kriege.

Die Einfuhr aus England, die monatlich zwei Millionen betragen sollte, sei infolge des Schiffsmangels seit August auf eineinhalb Millionen gefallen. Der Minister konnte nicht verschweigen, dass Schiffe mit Kohlentransporte versenkt werden.

Explosion in einer französischen Munitionsfabrik.

Bern, 1. Februar (KB.)

Dem „Petit Parisien" zufolge fand in der Kriegswerkstätte in Hazebrouk eine Wasserstoffexplosion statt.

In dem Gebäude waren ungefähr 40 Arbeiter beschäftigt; mehrere davon wurden getötet und viele schwer verletzt.

Die Betrugsaffäre Kupfer.

(Privat-Telegramm der „Krakauer Zeitung".)

Berlin, 1. Februar.

In der Betrugsaffäre der Frau Kupfer sind bis zum 30. Jänner 5 1/4 Millionen Mark Schulden ermittelt worden.

Der Stahlhelm.

Zu den zahlreichen veralteten Kriegs- und Kampfwerkzeugen, die in dem modernen Stellungskrieg wieder zu Ehren gekommen sind, gehört auch der Stahlhelm. Das Bestreben, den grossen Zahlen der Kopfverletzungen in diesem Kriege, so gut es geht, vorzubeugen, hat dazu geführt, dass mehrere der kriegführenden Heere den mittelalterlichen Eisenhelm wieder aus der militärischen Rumpelkammer hervorholen. Die auffallende Zunahme der Kopfverletzungen gegen früher wurde schon im russisch-japanischen und im Balkankrieg beobachtet und macht sich in dem gegenwärtigen Völkerkrieg noch mehr bemerkbar. Sie ist wohl in der Hauptsache auf die Vervollkommnung der verschiedenartigen Artilleriegeschosse zurückzuführen. Nach dem „British Medical Journal" sollen vor der Einführung der neuen Stahlhelme von den tödlichen und nicht tödlichen Verletzungen in diesem Krieg 15% Kopfwunden gewesen sein, in den Schützengräben sogar 25%. Diese Erfahrungen haben bei allen an der Westfront kämpfenden Kriegführenden zur Einführung stählerner Kopfbedeckungen geführt. Auch die Italiener haben ihre Truppen teilweise damit ausgerüstet. Sogar einige von den Neutralen interessieren sich bereits für den modernen Stahlhelm. Die Amerikaner sind schon dem Beispiel der Kriegführenden gefolgt und von der Schweizerischen Heeresverwaltung verlautet, sie beabsichtige das gleiche; einige Truppenteile der 3. schweizerischen Division tragen bereits probeweise einen dem französischen ähnlichen Stahlhelm.

Den Vortritt bei der Einführung der neuen Wehr hatten die Franzosen. Zum ersten Male tauchten im August 1915 bei ihnen die grauen ihren üblichen Feuerwehrhelmen nachgebildeten Stahlhelme in den Schützengräben Nordfrankreichs auf. Trotz des ziemlich minderwertigen französischen Stahlblechs hat sich der neue Kopfschutz schon in den ersten Monaten durchaus bewährt. Aus einem Bericht des „Bureau medical de la Place de Paris" zu Anfang des Jahres geht seine Zweckmässigkeit deutlich hervor. Während im Juli und August 1915 die Kopfschüsse noch 8.48% aller Verwundungen ausmachten, ist diese Zahl im Dezember und Jänner 1915/16 auf 16.82% gestiegen. Diese Zunahme besagt, dass eine geringere Zahl der Kopfschüsse seit Einführung der Helme tödlich verläuft. Die Engländer folgten ihren Bundesgenossen bald mit einem Eisenhut nach und konnten ebenfalls von günstigen Schutzwirkungen berichten. So soll nach der oben genannten englischen Zeitschrift der Stahlhelm an einem Gefechtstage im März 1916 die Zahl der Kopfverletzungen auf noch nicht 1/2% der Verwundungen überhaupt verringert haben. Im ganzen sollen die Schädelbrüche bedeutend weniger als 1% aller Verwundungen betragen. Die Engländer behaupten denn auch, ihr Helm gewähre bei etwas grösserem Gewicht einen noch besseren Schutz als der französische.

Als letzter trat der deutsche Soldat an der Westfront mit einem gepanzerten Schädelschutz auf den Plan. Es war ein deutscher Arzt, dem als erstem angesichts der häufigen schweren Kopfverletzungen der Gedanke kam, dem Frontsoldaten einen stählernen Kopfschutz mitzugeben. Er setzte sich mit dem nachmaligen Schöpfer des Helmes, einem Professor an einer technischen Hochschule, ins Einvernehmen und bezeichnete gleich die Teile des Schädels, die am meisten gefährdet sind. Der mit Geschosswirkungen auf Panzerplatten schon von früher vertraute Professor hat alsdann nach den Regeln der ärztlichen und technischen Kunst einen Stahlhelm konstruiert, der heute in der Tat einen recht wirksamen Schutz verbürgt.

Die Heeresverwaltung hätte sich sofort nach der ersten Anregung für den Vorschlag interessiert, und gleich von vornherein erschien ihr für den Stahlhelm das beste Material gerade gut genug, nämlich Chromnickelstahl, wie er auch für Panzerplatten, Panzergranaten und in der Automobilindustrie für höchstbeanspruchte Teile Verwendung findet. Durch den Zusatz von Chrom werden die Festigkeit und die mineralische Härte des Nickelstahls und vor allem sein Widerstand gegen Stoss, worauf es bei einem Helm besonders ankommt, beträchtlich gesteigert. Für die Güte des Materials übernimmt die Heeresverwaltung den verarbeiteten Betrieben gegenüber selbst die Verantwortung. Sie liefert selbst die quadratischen Stahlplatten von zwei Millimeter Dicke und nimmt Stücke, die die Verarbeitung nicht aushielten, wieder zurück. Chromnickelstahl lässt sich nur sehr schwer schmieden, warm behandeln und verarbeiten. Das mag für die Franzosen und Engländer ein Grund gewesen sein, sich mit minderwertigerem Material zu begnügen. Die Herstellung des deutschen Stahlhelmes erfordert denn auch ziemlich langwierige und umständliche Arbeiten, die hier nur angedeutet werden können.

In verschiedenen Stadien muss die Stahlplatte in kaltem Zustande gezogen werden, wie der Fachmann das Kaltpressen mittels Stempel und Matrize nennt. Nach dem ersten „Anziehen" ähnelt die Form einem flachen eisernen Teller mit quadratischem Rand, nach dem zweiten Ziehen einem Strohhut usw., bis schliesslich nach dem Passieren von verschiedenen Stempeln und Matrizen die charakteristische Form des deutschen Stahlhelmes herausmodelliert ist, dessen kriegerisch schöne Zweckform auffallend, aber unbeabsichtigt an die stolz-ritterlichen „Schallern" aus der Zeit des „Letzten Ritters" erinnert. Zuletzt werden die überstehenden Ränder abgestochen und in die fertige Form rechts und links zwei Luftlöcher gebohrt, die der bei einem Eisenhelm besonders nötigen Lüftung dienen.

Die äussere Herrichtung und innere Ausstattung des Helmes geht rasch vonstatten. Zunächst wird die dünne, abblätternde ausgebrannte Oberschichte der „Zunder", mit einem Sandstrahlgebläse abgeblasen. Dadurch wird zugleich eine für das Festhalten der Farbe günstige feingerauhte, matte Oberfläche geschaffen. Hierauf wird der Helm aussen und innen mittels einer Spritzpistole mit feldgrauem Lack abgespritzt. Beide Prozeduren, das Abblasen und das Abspritzen erfordern nur wenige Sekunden Zeit. Getrocknet wird der Lacküberzug in einem Trockenraum bei 120 Grad Celsius.

Wegen der praktischen Polsterung passt der Stahlhelm sofort auf jeden halbwegs normal geformten Schädel. Drei wurstförmige Lederpolster, die im Kreise auf einem breiten, starken Schweissleder befestigt sind, dienen als Auflage und verteilen das Gewicht gleichmässig auf eine breite Fläche der Schädelwölbung, während der alte Lederhelm meist nur auf einem schmalen Streifen aufsitzt.

Gegen die Durchschlagskraft moderner Gewehrgeschosse vermag, wenn es sich nicht gerade um einen der häufigen Querschläger handelt, natürlich auch der neue Stahlhelm auf nahe Entfernung keinen ausreichenden Schutz sichern. Gegen Schrapnellkugeln und nicht allzu wuchtige Granatsplitter jedoch bietet der Stahlhelm neben einem ebenfalls nicht gering zu schätzenden Sicherheitsgefühl einen oft genug bewährten wirksamen Schutz. Man hört davon die merkwürdigsten Lebensrettungen erzählen. So ist es vorgekommen, dass ein derber Granatsplitter einem wackeren Kämpfer den Stahlhelm bis tief über die Ohren eintrieb, ohne dass der Mann ausser einigen Hautabschürfungen eine ernstlichere Verletzung erlitten hätte. Unter dem alten Lederhelm wäre er unfehlbar getötet worden.

Lokalnachrichten.

Landesfürsorgefonds für vom Felde heimkehrende Krieger. Die durch das Ministerium des Innern ins Leben gerufenen Fürsorgekommissionen für vom Felde heimkehrende Krieger haben die in sie gesetzten Hoffnungen vollständig erfüllt. Um diesen Kommissionen gegenwärtig eine möglichst weite Aktion zu ermöglichen, sowie um diese Aktion auf einer ständigen und auf in rechtlich finanzieller Hinsicht sicheren Basis zu stützen, erliess das Ministerium des Innern eine Verordnung vom 8. Jänner 1917, Zahl 22.415/M.I., laut der alle zur Verfügung der einzelnen Landeskommissionen stehenden Geldmittel und Vermögensrechte einen besonderen Fonds bilden sollen unter dem Titel „Fürsorgefonds über vom Felde heimkehrende Krieger". Diesem Fonds wurde durch das Ministerium der Charakter einer Rechtsperson sowie die allen staatlichen bzw. unter staatlicher Verwaltung verbleibenden Staatsfonds zustehenden Rechte verliehen und gleichzeitig wurden für ihn Statuten gebildet deren wichtigsten Bestimmungen lauten: Den Zweck des Fonds bildet die materielle Unterstützung der Wirksamkeit jeder Landeskommission hinsichtlich Wiederherstellung der vom Felde heimkehrenden Krieger, deren Arbeitsmöglichkeit und Fähigkeit sowie hinsichtlich der Besserung ihrer sozial-ökonomischen Lage im weitesten Sinne des Wortes. Den Sitz des Fonds wird die Hauptstadt eines jeden Landes und das Verwaltungsorgan, die Landeskommission mit dem Chef der Landesregierung an der Spitze bilden. Gleich anderen staatlichen oder in staatlicher Verwaltung befindlichen Fonds, kann dieser Fonds hinsichtlich der Vertretung im gerichtlichen und administrativen Verfahren von den Diensten der k. k. Finanzprokuratur Gebrauch machen. — Für den Fall der Auflösung des Fonds, die grundsätzlich bloss auf Anordnung des Ministeriums des Innern erfolgen kann, verbleibt das zurückgebliebene Vermögen für verwandte Zwecke der Fürsorge über Kriegsinvalide.

Kleine Chronik.

Kaiser Wilhelm hat auf das Glückwunschtelegramm des polnischen provisorischen Staatsrates geantwortet: „Dem provisorischen Staatsrate danke ich vielmals für die freundlichen Glückwünsche zu meinem Geburtstage. Auch habe ich den Ausdruck des Dankes für die von mir in Gemeinschaft mit meinem erlauchten Verbündeten verheissene Wiederherstellung des polnischen Königreiches mit Befriedigung entgegengenommen. Der verantwortungsvollen Arbeit des provisorischen Staatsrates wünsche ich segensreichen Erfolg."

Verschiedenes.

Ueber die Steinkohlenlager Chinas macht die „Zeitschrift für angewandte Chemie" bemerkenswerte Mitteilungen. Darnach sollen die Steinkohlenlager in China so gross sein, dass bei dem heutigen Verbrauch an Steinkohle aus ihnen die ganze Welt durch 1000 Jahre versorgt werden könnte. Denn der Steinkohlenvorrat Chinas wird auf eine Billion Tonnen geschätzt. Nach den Angaben des Direktors des chinesischgeologischen Dienstes V. K. Ting werden in China fast überall Steinkohlen gefunden. Die wichtigsten sind die nordwestlichsten und unter ihnen wieder ist die Provinz Schanschi die kohlenreichste. Auch im Innern der Mongolei wie Mandschurei gibt es genügend Kohlen. Die beiden kohlenreichsten Provinzen Schanschi und Hunan haben hauptsächlich Anthracit, die heute in China am häufigsten verwendete Kohlenart. In letzter Zeit beginnen aber auch die Fettkohlen an Bedeutung zu gewinnen. Die Kohlen selbst können den Vergleich mit den anderswärts erzeugten besten Kohlenarten sehr wohl aushalten. Trotz seiner vierhundert Millionen Menschen verbraucht aber China nur sehr wenig Steinkohle, was durch den Mangel an Verkehrsmitteln leicht erklärt ist. Im Jahre 1913 betrug die gesamte Steinkohlenerzeugung Chinas 15 Millionen Tonnen.

Woher stammt der Brauch, am Geburtstage des Landesfürsten 101 Schüsse abzufeuern? Der Ursprung des Brauches, der Festes- und Sieges-

freude durch das Abfeuern von 101 Schüssen ein besonderes Gewicht zu verleihen, hat schon viel Kopfzerbrechen verursacht, ohne dass bisher eine endgültige Lösung gefunden wäre. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die Zahl 101 wohl ursprünglich aus dem Orient stammen und bildlich eine unbegrenzte Zahl bedeuten. Vom Osten her haben sich die Zahlen 1001 und 101 zuerst im Mittelalter auch bei uns eingebürgert, besonders beim Abschlusse von in der Zeit unbegrenzten Verträgen. Selbst in Verträgen der neueren Zeit, z. B. beim Erbbaurecht, finden wir häufig diese merkwürdige Zeitbestimmung. Unter anderen sind alle mit der Freiherrlich von Fircksschen Verwaltung abgeschlossenen Erbbaurechtsverträge, die zur Erbauung der Badeorte am Rigaschen Strande in Kurland geführt haben, auf 101 Jahre ausgefertigt worden. Kurz gesagt 101 ist im landläufigen Volksbegriffe gleichbedeutend mit unendlich viel oder lang. Dagegen gibt es für die gebräuchlichen 21 Schuss zur Begrüssung der eigenen oder einer fremden Landesflagge bei Kriegsschiffen eine ziemlich einfache Erklärung. In früheren Zeitläuften betrug die Zahl der zu einer Batterie vereinigten Geschütze meist sieben, und zwar sechs Kanonen und eine Haubitze. Jedes dieser Rohre wurde nun zur Begrüssung dreimal gelöst und bei ganz besonders feierlichen Gelegenheiten nach der heiligen Zahl siebenmal, das ergibt 21 bzw. 49 Schuss.

Theater, Literatur und Kunst.

Volkstheater. „Peters und Pauls Reise in das Schlaraffenland", Text von R. Bodanzky und F. Grünbaum, Musik von Franz Lehar. — Dieses für unsere Kinder b rechnete Weihnachtsstück kam wohl etwas verspätet heraus, doch hat es sehr gut gefallen und den verdienten Erfolg bei den grossen und kleinen Zuhörern errungen. In erster Linie ist Fräulein Harasimowicz zu nennen sowie die Herren Berski und Kolwas. Sehr schön einstudiert waren die Tänze und die Solotänze der kleinen Nina Dolli.

Symphoniekonzert. Am 11. Februar, um halb 12 Uhr vormittags, findet unter dem Protektorate Ihrer Exzellenz Frau Ada v. Lukas und Ihrer Exzellenz Frau Wilhelmine Leo im Neuen Stadttheater ein grosses Symphoniekonzert des Festungs-Symphonieorchesters mit folgendem Programm statt: Brahms, I. Symphonie; Beethoven, Klav erkonzert C-moll; Liszt, Les Preludes, symphonische Dichtung. Die Leitung des Konzertes hat der bekannte Konzertdirigent Dr. Hans Pless. Als Solistin wird die in Krakau geschätzte Klaviervirtuosin Frau Zimmermann mitwirken. Der Reinertrag wird zu gleichen Teilen für arme Kinder Krakaus und für evakuierte Kinder aus Ostgalizien verwendet werden. Der Kartenverkauf, der sich äusserst rege gestaltet, findet an der Tageskasse des Städtischen Theaters statt.

Die Krakauer Operngesellschaft bringt die ausgezeichnete Oper Moniuszkos „Parja" Freitag, den 2. Februar, um halb 8 Uhr abends im Sokolsaale zur Wiederholung. Die wichtigsten Partien liegen in den Händen des Frl. Wanda Hendrich sowie der Herren Hugo Zathey, Josef Stępniowski, Anton Isakowicz und Stefan Romanowski.

Die Umschau Nr. 4 vom 20. Jänner 1917. Inhalt: Ingenieur Josef Rieder: „Die Genialität der Masse"; Dr. Arthur Fornet: „Die Theorie der Brotbereitung"; Professor K. Linsbauer: „Selbstleuchtende Regenwürmer"; Regierungsrat Eberhardt: „Deutsches Kriegsnotgeld"; Dr. Olufsen: „Die chemische Industrie Schwedens"; Betrachtungen und kleine Mitteilungen, Neue Bücher, Neuerscheinungen, Zeitschriftenschau, Personalien, Wissenschaftliche und technische Wochenschau, Berichtigung sowie Nachrichten aus der Praxis.

2. Februar.

Vor zwei Jahren.

Ein russischer Vorstoss an der mittleren Nida in Polen wurde abgewiesen. — In den Karpathen dauern die Kämpfe im westlichen Frontabschnitte an. — Ausser Artilleriekämpfen an verschiedenen Stellen an der Westfront keine besonderen Vorkommnisse.

Vor einem Jahre.

Vor der Brückenschanze nordwestlich von Uscieszko wurde der Feind durch Minenangriffe zum Verlassen seiner vordersten Gräben gezwungen. — An anderen Stellen der Nordostfront fanden Patrouillenkämpfe statt. — In Montenegro volle Ruhe; keine besonderen Ereignisse. — In Albanien gewannen unsere Vortruppen ohne Kampf das Südufer des Matiflusses. — An der Isonzofront Geschützkämpfe. — In der Champagne und östlich von St. Dié lebhafte Artillerietätigkeit. — Lens wurde von dem Gegner beschossen.

FINANZ und HANDEL.

Neuregelung des Eierverkehrs in Galizien.

Mit 1. Februar l. J. übernimmt das Ernährungsamt der k. k. Statthalterei in Krakau die Regelung des Eierhandels im Lande sowie den Betrieb des Exportes ausserhalb der Landesgrenzen. Die bisherigen Erfahrungen haben zur Genüge bewiesen, dass sowohl das System der lokalen Höchstpreise als auch die Sperre der Ausfuhr aus einzelnen Bezirken in andere innerhalb des Landes gelegene Bezirke sich nicht bewährt haben und missliche Erscheinungen zur Folge hatten. Aus diesen Gründen hat das Ernährungsamt den Eierverkehr neu geregelt und angeordnet:

1. Lokale Höchstpreise werden aufgehoben.

2. Der Eierverkehr innerhalb des Landes unterliegt keinerlei Beschränkungen seitens der politischen Behörden.

3. Die Ausfuhr ausserhalb Galiziens übernimmt das Ernährungsamt durch sein Handelsorgan (Galizische Eier- und Geflügelverwertungs-Genossenschaft in Krakau „Ovum").

4. Der Höchstpreis (Uebernahmspreis) wird nur im Handel en gros durch das Ernährungsamt in Krakau fallweise festgesetzt und verlautbart, u. zw. per Kiste (1440 Stück) verpackte und durchleuchtete Eier, loko Bahnstation.

5. Die zu diesem Uebernahmspreise eingekauften Vorräte wird das Ernährungsamt der k. k. Statthalterei teils an jene Konsumzentren im Lande, die ihren Bedarf selbst nicht zu decken imstande sind, zuteilen, teils dem k. k. Volksernährungsamte in Wien zur Deckung des Bedarfes der Stadt Wien sowie der anderen, ausserhalb Galiziens gelegenen Konsumzentren, zur Verfügung stellen.

6. Der gegenwärtige Uebernahmspreis (en gros per Kiste) wird bis auf Widerruf mit K 350 festgesetzt.

Das Eingreifen des Ernährungsamtes hat also den Preis der Eier ausgiebig herabgedrückt, und insoferne das derzeitige Frostwetter die begonnene Neuproduktion nicht beeinträchtigen wird, dürfte der Eierpreis in Bälde eine weitere Ermässigung erfahren.

Oesterreichs Kriegskosten bis Ende Juni 1916. Die Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates veröffentlicht in der „Wiener Zeitung" einen Ausweis über die Staatsschulden Oesterreichs am 30. Juni 1916. Daraus ist zu ersehen, dass die Kriegsschulden bis zum 30. Juni 1916 insgesamt 24·55 Milliarden Kronen betrugen. Davon sind rund 55 Prozent oder 13·6 Milliarden die ersten vier Kriegsanleihen, welche durch Begebung in allen Kreisen der Bevölkerung aufgebracht worden sind. Der geringere Teil, nämlich 10·9 Milliarden Kronen, sind schwebende Kriegsschulden, nämlich Vorschüsse bei der Notenbank, beim Oesterreicherkonsortium und im Deutschen Reiche. Im ganzen beträgt das jährliche Zinsenerfordernis für die bei der

SCHATTEN.

Kriminalroman von Isidore Kaulbach.

(14. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Da der Verstorbene keine näheren Verwandten mehr besass, hatte er für milde Stiftungen grosse Summen ausgesetzt und den Erlös aus dem Verkauf der Villa für Krankenhäuser bestimmt. Seine langjährigen Dienstboten, vor allen sein Hausmeister August Pettinger, waren reichlich bedacht.

Der Rechtsanwalt sass, den Ellbogen aufs Knie gestützt, den Kopf in der Hand haltend auf seinem Platze und folgte nervös gespannt der Verlesung des Schriftstücks. Plötzlich ging ein Zucken über sein Gesicht; er richtete sich auf und beugte den Oberkörper weit vor. Der Amtsgerichtsrat las: Meiner Gesellschafterin Irmgard Weber, die mich mit Treue und Hingebung gepflegt hat und im Laufe der Jahre meinem Herzen teuer geworden ist wie eine Tochter, vermache ich den Rest meines Vermögens, hunderttausend Mark.

Ohne sich zu unterbrechen, fuhr der Amtsgerichtsrat im Lesen der folgenden Paragraphen des letzten Willens fort:

Unter meinen Schmucksachen und anderen Wertgegenständen soll sich Irmgard Weber dasjenige auswählen, was sie am liebsten besitzen möchte. Der Rest soll ebenfalls verkauft und der Erlös dem Armenhause gespendet werden.

Der Amtsgerichtsrat faltete das Schreiben zusammen, legte es vor sich hin und liess den Kneifer fallen. Er wandte sich nach Mellin um, der stumm und mit abwesendem Gesichtsausdruck auf seinem Platze sass.

Nun, Herr Rechtsanwalt? Was sagen Sie?

Wie? fragte Hans, mit der Hand über seine Augen streichend, als habe ihn jemand aus schwerem Traume aufgerüttelt.

Was halten Sie von diesem Testamente? Ist es nicht auffallend, wie reich dieses Fräulein Weber bedacht worden ist?

Sie hat den Kommerzienrat mit Aufopferung gepflegt, antwortete Hans ausweichend.

Kennen Sie die Dame?

Ja, ich kenne sie.

So, Sie kennen sie. Halten Sie sie für schuldig?

Nein, ich werde ihre Verteidigung übernehmen, sagte Mellin.

Dieses Testament wird für den Herrn Untersuchungsrichter von grossem Interesse sein.

Hans schwieg; mit keiner Miene verriet er den Argwohn gegen Irmgard, der sich in sein Herz hineinbohrte. Der Amtsgerichtsrat beobachtete ihn forschend durch die funkelnden Gläser seines Kneifers.

Nun — und haben Sie, Herr Rechtsanwalt, das Kodizill, dessen Vorhandensein ein Schein bestätigt, der sich im Nachlass Herrn Rehses fand — ist das Schriftstück zur Stelle?

Nein, Herr Amtsgerichtsrat.

Der Kneifer schnellte von der Nase des rundlichen Herrn, der sich nicht leicht zu erregen pflegte, doch nun hitzig fragte: Nein? Erlauben Sie gefälligst, mein Herr Rechtsanwalt — das Schriftstück muss vorhanden sein — bei Ihnen vorhanden sein...

Ueber Hans kam eine starre Ruhe; im Augenblicke der Entscheidung löste sich die furchtbare Spannung in ihm.

Das Kodizill ist mir auf unerklärliche Weise aus meinem Geldschranke abhanden gekommen, berichtete er; die Polizei ist benachrichtigt, und die Nachforschungen sind im Gange.

War Ihnen der Inhalt des Schriftstücks bekannt? forschte der Gerichtsrat.

Nein.

So — so, also nicht. Das ist ja eine höchst unangenehme Ueberraschung, Herr Rechtsanwalt, die Sie uns da bereiten. Ein Kodizill — ein so wichtiges Papier — abhanden gekommen — ich bitte Sie! Unbegreiflich! Unverzeihlich! Was ist zu tun? Eine Abschrift gibt es nicht — nein? Also nicht. So, so. Dann werden wir abwarten müssen, was die Polizei ausrichtet. Wir werden zu anderen Dingen übergehen. Ich empfehle mich Ihnen, Herr Rechtsanwalt.

Wie im Taumel verneigte sich Hans; der Amtsgerichtsrat reichte Mellin nicht die Hand wie vorhin, und der junge Referendar grüsste ihn steif und förmlich.

Als die Tür sich hinter ihm geschlossen hatte, strich sich der Amtsgerichtsrat bedächtig über die spärlichen Haare seines runden Schädels und wandte sich mit boshaftem Lächeln an den blonden Referendar. Nette Sache, die dem Herrn von Mellin da begegnet ist. Ein ihm anvertrautes Schriftstück von solcher Wichtigkeit — einfach verloren! Denn er wird doch niemand weismachen können, dass das Ding ihm gestohlen ist.

(Fortsetzung folgt.)

Notenbank aufgenommenen Vorschüsse 74·4 Millionen Kronen. Das Zinsenerfordernis für den Kontokorrentvorschuss bei den Banken beträgt 139 Millionen Kronen und stellt eine Verzinsung von rund 4¼ Prozent dar. Die Valutaanleihen, welche gegen Schatzwechsel in Deutschland aufgenommen worden sind, erreichten zu Ende Juni 1916 die Höhe von 1264 Millionen Kronen. Das Verzinsungserfordernis dieser in Deutschland belehnten Schatzwechsel beträgt 65·5 Millionen Kronen, so dass sich die Verzinsung mit etwas über fünf Prozent ermittelt. Bis Ende Juni 1916 waren an vier fundierten Kriegsanleihen 13·6 Milliarden Kronen begeben worden. Die Zinsenlast dieser vier Kriegsanleihen stellt sich auf 747 Millionen Kronen oder 5½ Prozent. Im ganzen erfordert die Verzinsung der Kriegsschulden einen Jahresaufwand von 1027 Millionen Kronen oder nicht ganz 4·2 Prozent des Kapitals. Zu den Kriegsschulden von 24·55 Milliarden kommen die älteren Staatsschulden von 11·4 Milliarden dazu. Die ganze Staatsschuld Oesterreichs stellte sich zu Ende Juni 1916 auf 36 Milliarden Kronen gegen 27 Milliarden Kronen zu Ende Dezember 1915 und rund 13 Milliarden Kronen vor dem Ausbruche des Krieges. Das Verzinsungserfordernis der gesamten Staatsschuld berechnet sich mit 1478 Millionen Kronen jährlich oder rund 4·1 Prozent.

Rassehunde für die Armee.

Das k. u. k. Kriegsministerium versendet folgenden Aufruf:

Die von der Öffentlichkeit der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellten Rassehunde, und zwar: Deutsche Schäfer, Dobermann-Pinscher und Airedale-Terriers haben für Kriegszwecke mit ausgesprochenem Erfolg verbreitete Verwendung gefunden. Wurden sie ursprünglich fast nur zur Verwundetensuche und zum Patrouillen- und Meldedienst herangezogen, so hat sich seither die Notwendigkeit ergeben, den Sicherheitsdienst in den besetzten Gebieten durch Inanspruchnahme von Polizeihunden zu verstärken, ferner die Kriegsgefangenenlager der Monarchie mit Wachhunden auszustatten, um Gefangene an der Flucht zu hindern, bzw. sie wirksam zu verfolgen. Besondere Dienste leisten die Hunde als Begleiter von Skifahrern im Hochgebirge bei Auffindung Verwundeter und Verschütteter im Schnee und für Patrouillen- und Meldezwecke. Für alle diese Verwendungen wird eine weitere Anzahl von Hunden benötigt und ergeht neuerlich an die Besitzer geeigneter Tiere der eingangs erwähnten Rassen der Ruf zur Einsendung von Anmeldungen an den k. u. k. Kriegs- und Sanitätshundeführerkurs in Wien XVIII, Herbeckstrasse Nr. 66, Telephon 39.165.

Programm der Vorträge im „Kollegium"

Rynek A-B, 39

vom 1. bis 3. Februar.

Beginn der Vorträge 7 Uhr abends. — Eintrittskarten zu 40 und zu 20 Hellern.

Donnerstag den 1. Februar: Prof. **Walek-Walewski**: „Die ältere polnische Musik".

Freitag den 2.: **K. Czapiński**: „Heinrich Ibsen und seine Erstlingswerke".

Samstag den 3.: **Dr. J. Reinhold**: „Die französ. Sprache".

Der gesamte Reinertrag fliesst Kriegsfürsorgezwecken zu.

Spielplan des Städtischen Volks-Theaters

vom 1. bis 4. Februar 1917.

Beginn der Vorstellungen halb 8 Uhr abends.

Heute Donnerstag den 1.: Erstaufführung „Lygia".

Freitag den 2. nachmittags: „Verteidigung von Czenstochau"; abends: „Lygia".

Samstag den 3. nachmittags: „Die Räuber"; abends: „Peter und Paul im Schlaraffenland".

Sonntag den 4. um halb 4 Uhr nachmittags: „Der gepanzerte Gefährte"; abends: „Lygia".

Kinoschau.

„**K. u. K. FELDKINO**" Fuhrenpark des k. u. k. Festungs-Verpflegsmagazins. (Eingang durch die Bosackagasse). Programm vom 1. bis 2. Februar:

Lembergs Wiedereroberung. Aktuell. — **Die Illusion der Augen.** Kleines Drama. — **Robert und Bertram, die lustigen Vagabunden.** Grosses herrliches Lustspiel in vier Akten. — **Meine Tochter ist zu hübsch.** Komisch.

„**NOWOSCI**", Starowiślna 21. — Programm vom 29. Jänner bis 4. Februar:

Seelen, die verfallen. Drama in fünf Akten.

„**SZTUKA**" Ul. św. Jana Nr. 6. — Programm vom 31. Jänner bis 6. Februar:

In Satans Macht. Sensationsdrama in fünf Akten. — **Wenn man Verwandte hat.** Amerikanisches Lustspiel in zwei Akten.

„**WANDA**", Ul. św. Gertrudy 5. — Programm vom 29. Jänner bis 1. Februar:

Eikowoche. — **Ihre Freundin.** Lustspiel. — **Spiel im Spiel.** Lustspiel in vier Teilen. — **Moral und Sumpf.** Drama in drei Teilen.

„**PROMIEŃ**", Podwale 6. Programm vom 26. Jänner bis einschliesslich 1. Februar.

Die grüne Maske. Drama in drei Teilen. — Ausserdem Lustspiel.

„**UCIECHA**", Ul. Starowiślna 20. Programm vom 26. Jänner bis einschliesslich 1. Februar.

Rübezahls Hochzeit. Neues Meisterwerk der Filmkunst. — **Komtesse Uebermut.** Höchst interessantes Nordisk-Lustspiel.

„**ZACHĘTA**", Ringplatz im Hawełka-Hause. Programm vom 26. Jänner bis einschliesslich 1. Februar.

Nacht der Rache. Drama. — **Lustspiel.**

Der gesamte Reinertrag der „Krakauer Zeitung" fliesst Kriegsfürsorgezwecken zu.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: **Erwin Engel.** Drukarnia Ludowa in Krakau.